

positiven Weg. Von gravierenden Fehlentwicklungen könne überhaupt keine Rede sein. Frauen setzten sich auch in der Wirtschaft mehr und mehr durch und hätten den forcierten Ansatz, wie ihn die Grünen-Fraktion einfordere, nicht nötig. Man erweise Frauen keinen Gefallen, wenn man den Eindruck erwecke, sie benötigten eine Quote.

Eine staatliche Auftragsvergabe in den USA, korrigiert **Helga Gießelmann (SPD)**, sei an eine entsprechende Förderung von Frauen, die wiederum gesetzlich geregelt werde, gekoppelt. Die dortige Besetzung der Belegschaft werde bis in die Führungsgremien einer Gesellschaft hinein per Gesetz gesteuert. Einbezogen würden dabei auch private Hochschulen.

Das Ziel, das erreicht werden solle, bestätigt **Dr. Wilhelm Droste (CDU)**, sei ehrenwert. Per Gesetz allerdings eine Quote vorgeben zu wollen, halte er für zu kurz gegriffen. Zu hinterfragen seien vielmehr die Ursachen dafür, weshalb Frauen nicht in Führungspositionen gelangten. Fakt sei - zum Beispiel mit Blick auf den Politikbereich -, dass noch zu wenige Frauen bereit seien, sich zu engagieren. Dadurch werde eine Quotierung im Sinne des Antrags erschwert.

Im Vordergrund solle auch nicht die Geschlechterfrage stehen, sondern ob eine Aufgabe - egal ob von einem Mann oder einer Frau - sachgerecht erledigt werde. Er sehe die gesellschaftliche Entwicklung bereits weit vor der Realität, wie sie der Grünen-Antrag beschreibe. Sollte sich der Gesetzgeber lediglich auf eine Anordnung stützen, zöge er sich aus seiner Verantwortung heraus.

Der **Ausschuss** verständigt sich auf Anregung seines Vorsitzenden darauf, das Thema nach Eingang des Votums aus dem Ausschuss für Frauenpolitik in seiner Sitzung am 14. März abschließend zu behandeln.

## 6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2242

Ausschussprotokoll 14/312  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 14/312

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2242, teilt **Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps** mit, sei durch Plenarbeschluss vom 31. August 2006 zur Federführung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden sowie zur Mitberatung an den hiesigen Ausschuss, den Innenausschuss sowie den Ausschuss für Bauen und Verkehr überwiesen worden.

Der federführende Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform habe in seiner Sitzung am 29. November 2006 eine öffentliche Anhörung durchgeführt, deren Ergebnis - einschließlich eines Verzeichnisses der abgegebenen Stellungnahmen - im Ausschussprotokoll 14/312 dokumentiert sei.

Der AWME berate heute erstmalig über den Gesetzentwurf und solle nach Möglichkeit auch heute - spätestens in seiner Sitzung am 6. Februar 2007 - ein Votum fassen, da der federführende Ausschuss den Gesetzentwurf bald abschließend beraten wolle.

Nach einer Wortmeldung des **Reiner Priggen (GRÜNE)** verständigt sich der **Ausschuss** auf Vorschlag seines **Ausschussvorsitzenden** einvernehmlich auf folgenden Beschluss:

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2242 wird ohne Votum in den federführenden Ausschuss geschoben.

## 7 KPMG-Gutachten zu Alt- und Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus

**Ausschussvorsitzender Franz-Josef Kieps** teilt mit, mit Schreiben vom 4. Januar 2007 habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Behandlung des Themas „KPMG-Gutachten zu Alt- und Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus“ im Rahmen eines Tagesordnungspunktes beantragt und besagtes KPMG-Gutachten allen Ausschussmitgliedern übersandt. Gleichzeitig sei darum gebeten worden, dass die Landesregierung einen kurzen Überblick über das Gutachten und seine Ergebnisse geben solle.

**Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** berichtet:

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit dem von der RAG geplanten Börsengang und somit der vom Unternehmen angestrebten Abgabe der Verantwortung für den sogenannten schwarzen Bereich kommt der Frage, in welcher Höhe finanzielle Lasten aus dem von der RAG zu verantwortenden Steinkohlenbergbau entstehen, die bislang nicht durch Rückstellungen des Unternehmens abgedeckt werden konnten, eine hohe Bedeutung zu. Dies war für die Landesregierung der Grund, den Bund zu bitten, auf Basis eines mit NRW abgestimmten Anforderungsprofils eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Erstellung des Ihnen nun vorliegenden Gutachtens zu den Stillsetzungskosten sowie den Alt- und Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus der RAG zu beauftragen. Der Bund hat diesen Auftrag an die mit der Branche besonders vertraute KPMG vergeben.

Bevor ich näher auf den Inhalt und die Ergebnisse des Gutachtens eingehe, möchte ich zunächst einiges zu den grundlegenden wirtschaftlichen und rechtlichen Annahmen und zur methodischen Vorgehensweise der Gutachter sagen:

Gegenstand des Gutachtens ist auftragsgemäß der von RAG zu verantwortende Steinkohlenbergbau mit dem Bergbauvermögen der RAG sowie sämtliche, dem schwarzen Bereich zuzuordnenden Unternehmensbereiche. Somit sind der Bergbaubereich der RAG – einschließlich DSK Anthrazit Ibbenbüren GmbH und Deut-



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

### **25. Sitzung (öffentlich)**

17. Januar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:45 Uhr

Vorsitz: Franz Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

1

#### **1 Neue Perspektiven für NRW - Die Zukunftsenergie Geothermie weiterhin technologisch erschließen und wirtschaftlich nutzen**

1

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/695

Ausschussprotokoll 14/253

Stellungnahmen 14/557, 14/558 und 14/562

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/695 wird mit den Stimmen aller vier Fraktionen einstimmig für erledigt erklärt.

Das von allen Fraktionen gemeinsam getragene Papier wird im Plenum abschließend beraten und abgestimmt.

**2 Sonntags von Wettbewerb im Energiemarkt reden und montags RWE zu neuer Marktmacht verhelfen!** 3

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/2728

Der Ausschuss hat sich bereits vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt, dem Haushalts- und Finanzausschuss die Möglichkeit einzuräumen, über dieses Thema in seiner morgigen Sitzung abschließend zu beraten. Der AWME selber wird in seiner Sitzung am 6. Februar 2007 abschließend beraten.

**3 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr** 3

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2774

Nach Wortmeldungen aus den Fraktionen betreffend eine Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes verständigt sich der Ausschuss darauf, die Vorschläge aus den Fraktionen beim Ausschusssekretariat schriftlich einzureichen. Dort sollten sie zusammengeführt und den Obleuten im Rahmen des Sprecherkreises bis Mittwoch folgende Woche zum Abgleich vorgelegt werden.

**4 Novelle des Gesetzes zur Landesentwicklung im Sinne einer weiteren Entwicklung des Einzelhandels** 4

Der Ausschuss verständigt sich nach Wortmeldungen aus den Fraktionen darauf, eine Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes durchzuführen. - Angesichts der Wichtigkeit des Themas soll über einen Entschließungsantrag nachgedacht werden.

Das Wirtschaftsministerium wird den Beschluss der Wirtschaftsministerkonferenz zur Verfügung stellen. Auf der Grundlage dieses Papiers wird das weitere Verfahren abgestimmt.

- 5 Quote für Aufsichtsgremien börsennotierter Unternehmen einführen!** 7
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/3173 - Neudruck
- Nach ausführlicher Diskussion verständigt sich der Ausschuss auf Vorschlag seines Vorsitzenden einvernehmlich darauf, das Thema nach Eingang des Votums aus dem Ausschuss für Frauenpolitik in seiner Sitzung am 14. März abschließend zu beraten.
- 6 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)** 10
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/2242  
Ausschussprotokoll 14/312  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 14/312
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu schieben.
- 7 KPMG-Gutachten zu Alt- und Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus** 11
- Der Ausschuss führt eine ausführliche Erörterung zum Thema des Tagesordnungspunktes durch. Ministerin Christa Thoben sagt zu, die im Verlaufe der Sitzung gestellten, aber noch nicht beantworteten Fragen sowie weitere Fragen der Fraktionen, die schriftlich nachgereicht werden sollten, schriftlich zu beantworten.
- 8 Stand der Verhandlungen zur Fortführung der Produktion in den nordrhein-westfälischen BenQ-Niederlassungen** 23
- Ministerin Christa Thoben erstattet dem Ausschuss einen Bericht, dem sich eine Aussprache anschließt.
- 9 NRW.International GmbH: Struktur, Auftrag, Aufsicht** 25
- Vorlage 14/832
- Der Ausschuss erörtert das Thema des Tagesordnungspunktes. Ministerin Christa Thoben sagt einer Vorstellung von NRW.international im Ausschuss zu, sobald diese Gesellschaft „sprachfähig“ ist.

- 10 Das Europäische Technologieinstitut nimmt 2008 seine Arbeit auf** 29  
Vorlage 14/869 und Bundesratsdrucksache 827/1/06

Auf Hinweis des Ausschussvorsitzenden Franz Josef Knieps signalisiert die SPD-Fraktion, dass sich die Behandlung des Tagesordnungspunktes mit Vorlage des SPD-Antrags 14/3498 erledigt hat.

- 11 Innovationsbericht 2006** 29  
Vorlagen 14/788 und 14/789

Auf Vorschlag seines Ausschussvorsitzenden verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, den Innovationsbericht im Rahmen der nächsten Tagesordnung zu behandeln.

- 12 Wirtschaftsministerkonferenz am 07./08. Dezember 2006 in Dessau** 29

In Verbindung damit:

- 13 Studie zu den Auswirkungen von Klimaschutzziele auf die Wettbewerbs- und Beschäftigungssituation in NRW**

Reiner Priggen (GRÜNE) dankt namens seiner Fraktion für die von der Landesregierung vorgelegten Berichte. Das Thema solle gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgegriffen werden.

Thomas Eiskirch (SPD) trägt im Zusammenhang mit dem Thema des Tagesordnungspunktes 13 die Bitte der Abgeordneten Schulze vor, die Studie nach Vorlage sobald wie möglich zur Verfügung gestellt zu bekommen, ohne dass zu dem Zweck erneut ein Tagesordnungspunkt beantragt werden müsse.

## 14 Verschiedenes

- **Übersicht der weiteren Sitzungstermine**
- **China-Reise**
- **Zuwendungsbescheid des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle**

Siehe Seiten 29 bis 31 des Diskussionsteils

\*\*\*\*\*

